



Niederschrift

14. Plenarsitzung des Gemeinderates
30. September 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 9 der Tagesordnung: Gewalt gegen Frauen: Prioritäten setzen – Schutz erhöhen:
Istanbul-Konvention in Karlsruhe - Umsetzungsbericht 2024/2025
Vorlage: 2025/0698**

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss am 24. September 2025.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Der vorliegende Bericht zeigt, dass wir bei der Umsetzung von Gewaltschutz auf kommunaler Ebene trotz aller Herausforderungen vorankommen. Er zeigt aber auch, wie notwendig dafür die Einrichtung der dauerhaften Koordinierungsstelle im letzten Jahr war. Die Umsetzung von Gewaltschutz hat in Karlsruhe seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. Wichtig für den Aufbau eines professionellen Unterstützungssystems waren die Zusammenarbeit im Koordinationskreis „Häusliche Gewalt überwinden“ sowie die Gemeinderatsbeschlüsse ab 2018 zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Der Bericht gibt einen guten Einblick in den aktuellen Bearbeitungsstand bei verschiedenen Gewaltformen. Er zeigt Verbesserungen auf, aber auch den weiterhin bestehenden dringenden Handlungsbedarf. Ebenso ist der Druck zur Priorisierung in den nächsten Jahren aufgrund der finanziellen Engpässe deutlich spürbar.

Auch wenn beim Thema Gewalt gegen Frauen alle Bedarfe und Zielgruppen wichtig sind, können angesichts der prekären Haushaltslage nicht alle Lücken gleichzeitig geschlossen werden. Die Schwierigkeit wird sein, trotz Priorisierung auch verschobene Aufgaben ressourcenschonend weiter zu bearbeiten. Betroffene Zielgruppen, wie zum Beispiel Frauen mit Behinderungen, müssen weiter im Blickfeld bleiben. Die Verwaltung ist bei der veränderten Schwerpunktsetzung pragmatisch vorgegangen. Sie reagiert auf aktuelle Entwicklungen und nutzt bestehende Strukturen und Ressourcen. Die starke Vernetzung in den Bereichen Ausstieg aus der Prostitution, Täterberatung, Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung zeigt Wirkung. Absprachen und Verfahrensabläufe wurden verbessert. Was uns besonders freut, im Herbst wird vier Jahre nach unserem Antrag zur weiblichen

Genitalverstümmelung eine medizinische Sprechstunde am Klinikum eingerichtet. Höchste Priorität für die kommenden Jahre muss der Erhalt und die gezielte Weiterentwicklung des bestehenden Hilfsystems sein, eines Hilfsystems, das allerdings seit Jahren an seine Leistungsgrenzen stößt. Das neue Gewalthilfegesetz verpflichtet die Länder ab 2027, ein bedarfsgerechtes Angebotsnetz sicherzustellen. Noch ist unklar, wie die Finanzierung umgesetzt wird. Gleichzeitig bereitet uns die schwierige Haushaltslage vor Ort große Sorgen. Wir werden die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und weiterhin für ausreichende Unterstützung der Betroffenen sorgen.

Stadträtin Dr. Dogan (SPD): Auch die CDU-Fraktion dankt recht herzlich dem Gleichstellungsbüro, Frau Meister, Frau Kornhaas, aber auch allen Beteiligten, seien es Polizeibehörden, seien es medizinische Träger oder auch die freien Träger, die hier eben Hilfestellung und auch niederschwellige Hilfe leisten und bereitstellen. Denn ohne Sie alle könnten wir keinen Schutz vor Gewalt bieten, keine Anlaufstelle bieten, wenn Gewalt passiert ist. Und es ist ja traurig genug, dass wir uns immer wieder mit diesem Thema so befassen müssen, weil es eben in unserer gesellschaftlichen Mitte auch zu Fällen häuslicher Gewalt kommt und die Zahlen ja leider in den letzten Jahren auch wieder gestiegen sind, was wir mit großer Sorge verfolgen und beobachten. Umso wichtiger Ihre Arbeit und Ihre sehr pragmatische Arbeit, Frau Meister, da haben Sie und Ihr Team wirklich Gutes geleistet, indem Sie sogar noch schneller waren, als wir ursprünglich uns so in der Planung gedacht hatten und sehr pragmatisch an das Ganze herangehen und auch Priorisierungen setzen.

Unsere Fragen, die wir aus dem Sozialausschuss hatten, nach Fallzahlen, insbesondere bei dem Thema auch Verstümmelung, Zwangsehen, haben Sie gut beantwortet. Ich danke Ihnen hierfür. Und uns ist es wichtig, dass Sie uns auch weiterhin, das machen Sie regelmäßig am Runden Tisch, immer wieder über den Stand der Dinge informieren. Wichtig ist auch jetzt, dass wir als Stadt, auch gerade angesichts der finanziellen Situation weiter, Herr Oberbürgermeister, immer wieder einmal vorstellig werden, auch bei Land und Bund. Denn es ist eine Verpflichtung, die Istanbul-Konvention umzusetzen, eine staatliche Verpflichtung, und dass hier eben auch entsprechende Mittel angedacht werden, weitergegeben werden. Auch das Land kann hier noch Mittel abschöpfen beim Bund, muss da eben vorstellig werden. Also wenn Sie da noch mal auch über den Städtetag einwirken könnten, wäre das sicher für alle Beteiligten hilfreich. Also in diesem Sinne müssen wir weitermachen. Eine große Fragestellung und Herausforderung werden immer bleiben, die Zahl der Dunkelziffern, die natürlich auch auf gesellschaftliche, soziale Sensibilität auch angewiesen sind, dass wir hier auch mehr Licht ins Dunkel bringen können und den Opfern helfen können, aber auch Tätern, die bereit sind und willig sind, sich helfen zu lassen, sich auseinanderzusetzen mit ihren Taten, auch denen Beratungsmöglichkeiten bieten.

Stadträtin Schmid (SPD): Statistisch gesehen erlebt jede dritte Frau sexualisierte, psychische oder physische Gewalt. Lassen wir das kurz wirken. Runtergebrochen auf unseren Gemeinderat heißt das, bei 20 Stadtratskolleginnen könnten hier im Raum 7 Betroffene sein. Das macht klar, Gewalt ist kein Randthema, sie betrifft uns alle. Wir müssen Betroffene schützen, Täter konsequent in die Verantwortung nehmen und Strukturen schaffen, die Hilfe jederzeit und für jede Betroffene erreichbar machen. Daher begrüßen wir ausdrücklich den aktuellen Umsetzungsbericht zur Istanbul-Konvention. Karlsruhe zeigt hier, was möglich ist, wenn Verwaltung, Fachstellen und Politik an einem Strang ziehen.

Mit der Einrichtung der kommunalen Koordinierungsstelle haben wir einen wichtigen Schritt getan, um das Hilfesystem dauerhaft zu stärken und weiterzuentwickeln. Besonders wichtig ist uns, dass Prioritäten klar benannt werden, Täterberatung als Prävention, der Ausstieg aus der Prostitution, die Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung und der Erhalt des bestehenden Hilfesystems. Diese Schwerpunkte unterstützen wir. Für uns als SPD-Fraktion ist klar, wir müssen das bestehende Hilfesystem absichern, damit niemand durch das Netz fällt. Und wir brauchen Klarheit vom Land, das Gewalthilfegesetz darf nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern muss finanziert werden, damit es in Karlsruhe praktisch wirksam wird. Im Namen der SPD-Fraktion danke ich allen, die täglich dafür sorgen und kämpfen, dass Mütter, Omas, Schwestern, Töchter, Freundinnen, Ehefrauen, Schwägerinnen oder Enkelkinder nicht alleingelassen werden. Vielen Dank dafür, am Ende geht es nämlich immer um die Würde und um die Sicherheit.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Wir danken recht herzlich für diesen Bericht. Er zeigt uns doch, dass wir in Karlsruhe ein erstes Netz zum Auffangen für die Frauen, die sich eben von dieser Gewalt bedroht fühlen, spinnen oder spannen und ich glaube, wir werden noch einige Knoten in dieses Netz machen müssen. Gewalt in jeglicher Form ist furchtbar, aber ganz besonders furchtbar ist, wenn Gewalt gegen Schwächere ausgeübt wird, gegen Menschen, die einem körperlich, geistig oder auch finanziell unterlegen sind. Und das ist bei Kindern schlimm und bei Frauen ganz besonders schlimm.

Ich möchte mal auf das drängendste Problem, glaube ich, ansprechen. Es gibt viele Beratungsstellen, Beratungseinrichtungen, aber ich glaube, dass, wenn man sich jetzt mal auch die Herkunft zum Teil der Frauen anschaut, die vielleicht sprachliche Barrieren haben oder auch nicht jeder hat Internet, ist es, glaube ich, ganz wichtig, wie wir diese Hilfsangebote auch kommunizieren können, dass die Frauen wissen, ich bin nicht alleine, und ich kann mir irgendwo Hilfe holen. Und deswegen appelliere ich an alle, wir sind alle Botschafter hier der Stadt Karlsruhe. Und damit meine ich nicht nur uns Stadträtinnen und Stadträte, sondern eigentlich die ganze Stadtbevölkerung sind Botschafter. Und man darf sich nicht nur mit diesem Thema auseinandersetzen, wenn man selbst betroffen ist oder im eigenen Umfeld jemand betroffen ist, sondern eigentlich die Telefonnummer des Hilfstelefon und auch Internetadressen oder Einrichtungen bei der Stadt müssten eigentlich jedem Bürger geläufig sein, wo die zu finden sind.

Prävention, Schutz und Unterstützung und auch Strafverfolgung sind richtig und wichtig, aber die Frage stellt sich doch, inwieweit eine Frau, die vielleicht vom eigenen Ehemann bedroht wird, sich durch ein Messerverbot oder durch ein Annäherungsverbot tatsächlich geschützt fühlt. Und ein Riesenthema ist natürlich die Wohnsituation. Wenn mir zu Hause Gewalt widerfährt und ich nicht mit meinen Kindern oder auch nicht alleine in meinem häuslichen Umfeld bleiben kann, das ist, glaube ich, eine der größten auch finanziellen Herausforderungen hier in unserer Stadtgesellschaft. Und das Problem wird uns natürlich belasten. Wir sehen das in vielen Bereichen. Auch bei der Prostitution ist es schwierig, Wohnraum für solche Frauen zu bekommen. Und da möchte ich jetzt mal einen ganz pragmatischen Vorschlag in die Runde werfen. Mich hat überrascht im Zuge des Ukraine-Krieges, als die ersten Geflüchteten kamen, wie viele Menschen in meinem Umfeld bereit waren, wildfremde Menschen aufzunehmen, weil sie gesagt haben, wir haben zu Hause ein Zimmer frei, wir haben eine ganze Etage frei, wir haben einen Keller frei mit Dusche. Warum machen wir nicht eine Kampagne und sagen, im Prinzip wie so eine Art Notfallzimmer für eben Frauen, denen Gewalt angetan wird oder Gewalt droht, die mal für eine Zeit

aufzunehmen, bis sie selbst Fuß fassen können. Das möchte ich den entsprechenden Stellen mal als Anregung geben. Ich weiß nicht, ob es rechtlich so einfach umzusetzen ist, aber es hat mich wirklich überrascht während der ersten Flüchtlingswelle, wie viele Menschen doch die Ukrainer aufgenommen haben. Und ich finde, so was könnten wir auch bei Frauen tun, die von Gewalt bedroht sind.

Stadträtin Geißinger (Vlt): Ja, erst mal vielen lieben Dank für alle Vorrednerinnen, die sich schon dazu geäußert haben. Ich möchte aber diesem Thema doch auch noch ein bisschen mehr Zeit schenken, weil es doch einfach ein Thema ist, was Gott sei Dank auch immer wieder mehr in die Gesellschaftsmittle rückt. Gewalt gegen Frauen ist leider Alltag, und das nicht nur in der Häuslichkeit. Und man sieht an den steigenden Zahlen vor allem auch natürlich, vermutlich gibt es mehr Fälle, aber es wird auch mehr darüber gesprochen, und es ist verdammt wichtig. Frauen sind und bleiben einfach die größte diskriminierte Gruppe, und Gewalt ist in keiner Form tolerabel. Und vor allem, wie es auch schon genannt wurde, es ist keine Freiwilligkeit, es ist eine Pflicht. Deswegen finde ich es auch besonders schön, dass wir weiterhin an unserem Beschluss festhalten, keine Mittelstreichung in diesem Bereich vorzunehmen. Und ich erinnere gerne an diesen Punkt noch mal an der Stelle. Außerdem möchte ich auch noch mal darauf eingehen, dass ich es sehr, sehr lobenswert finde, dass wir vor allem den Fokus auf Täterarbeit gesetzt haben, denn die lohnt sich doppelt, dreifach. Jeder Mann, der in dem Fall der Täter ist, der kann, wenn er daraus gelernt hat, im Zweifel noch sehr viele Frauen schützen, die vielleicht sonst die nächste Partnerin geworden wären. Und ich möchte die Chance nutzen, auch eine Aufforderung an die komplette Runde zu geben. Schaut nicht weg. Es fängt nicht an mit einem Schlag ins Gesicht. Es gibt aber ganz, ganz klare Muster, verbale Abwertungen, Abkapselung von Freund*innen, vom Umfeld. Also bitte, achtet auf euer Umfeld, und lasst es kein Tabuthema bleiben. Danke.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ja, dem Appell kann ich mich auf jeden Fall anschließen. Ich denke, die Anstrengungen im Kampf gegen Gewalt an Frauen und FLINTA* sind leider immer noch bitter nötig. Denn patriarchale Unterdrückung prägt den Alltag so vieler, und Angriffe auf weiblich gelesene Personen und Femizide nehmen immer mehr zu. Die Stadt Karlsruhe hat sich hier auf den Weg begeben, die Istanbul-Konvention umzusetzen und nur noch eine Stelle zur Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten eingerichtet sowie Interventionsketten und Verfahrensabläufe in den verschiedenen Gewaltbereichen eingerichtet und bestimmt. Der nun vorzeitig vorgelegte Bericht zeigt uns eindrücklich, welche Fortschritte bereits erzielt werden konnten, etwa bei den Angeboten für Betroffene weiblicher Genitalverstümmelung, die aus meiner Sicht besonders hervorzuheben sind. Doch der Bericht und die Diskussion dazu im Sozialausschuss zeigen auch, dass es eben noch viel mehr Ressourcen braucht, um wirklich alle Problematiken gezielt anzugehen. Denn wenn es um Menschenleben geht, gibt es keine legitime Unterteilung mehr in wichtig und nicht so wichtig. Aber aufgrund mangelnder Ressourcen und personeller Kapazitäten musste beispielsweise der Handelsbereich Soforthilfe nach Vergewaltigung noch mal verschoben werden. Doch gerade hier brauchen wir eine vernetzte und koordinierte Herangehensweise, um Betroffene von sexualisierter Gewalt zu unterstützen und Sekundär-Traumatisierungen möglichst zu vermeiden. Ich plädiere deshalb dafür, dass wir uns dem Modellprojekt „Soforthilfe nach Vergewaltigung“ als weitere Modellregion in Baden-Württemberg anschließen, neben Städten wie Heilbronn oder Ludwigsburg. Neben Koordination und Vernetzung bestehender Angebote und dem immer engeren Verweben eines Hilfesystems

in Karlsruhe brauchen wir aber auch Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung, damit die, die es brauchen, auch davon erfahren.

Das alles wird sicher die weitere Arbeit begleiten, und wir als Linke-Fraktion möchten allen Beteiligten an dieser Stelle Danke sagen für all die Mühe und die Energie, die da jetzt schon reingeflossen ist und beobachten gespannt weiter, wie die Istanbul-Konvention umgesetzt wird. Sehr wichtig ist es für uns auch, dass die Maßnahmen weiter finanziell unterfüttert werden und nicht dem Sparzwang unterliegen, denn dafür sind sie viel zu wichtig. Danke schön.

Stadträtin Döring (KAL): Wenn wir heute über die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Karlsruhe reden, über Gewalt gegen Frauen und über die Maßnahmen, die die Stadt Karlsruhe ergreift, um den betroffenen Frauen Unterstützung zukommen zu lassen, reden wir nicht über Randgruppen. Wir reden über die Mitte unserer Gesellschaft. 2023 gab es in Deutschland statistisch gesehen fast jeden Tag einen Femizid, also die Tötung einer Frau, weil sie eine Frau ist. Die Zahl der versuchten Femizide lag bei 938. Politisch motivierte frauenfeindliche Straftaten stiegen im selben Jahr um 56,3 Prozent, digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen um 25 Prozent. Alle vier Minuten erlebt eine Frau in Deutschland Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner, häufig im häuslichen Umfeld. 155 Frauen wurden 2023 durch ihren Partner oder Ex-Partner getötet. 12.931 Frauen wurden von ihrem Partner oder Ex-Partner schwer oder gefährlich körperlich verletzt. 4.622 Frauen erlebten sexualisierte Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner, mehr als alle zwei Stunden eine Frau. Wir können also davon ausgehen, dass jetzt in diesem Moment irgendwo in Deutschland eine Frau Opfer sexualisierter Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner wird, sehr wahrscheinlich in ihrem eigenen Zuhause. Und all diese Zahlen sind nur die offiziell gemeldeten Fälle. Wir haben es schon gehört, wir können von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgehen.

Liebe Frau Meister, liebe alle aus dem Gleichstellungsbüro, vielen Dank für diesen Bericht, denn bei aller Wut und Fassungslosigkeit, die diese Zahlen bei mir hinterlassen, macht es Mut, dass wir uns diesem Thema stellen, dass Sie Aufmerksamkeit schaffen, dass Sie vernetzen, dass es Mittel und Wege gibt, die Betroffenen zu unterstützen, ihnen im besten Fall Hilfe und vielleicht sogar dauerhafte Sicherheit zu ermöglichen. Und Sie lassen den Kopf nicht hängen, angesichts der Fülle der Aufgaben und Themen, die sich in immer neuen Facetten auftun. Ihr Bericht zeigt, in vielen Bereichen konnten Maßnahmen bearbeitet oder angestoßen werden, und sie zeigen auf, welche Bereiche noch dringend angegangen werden müssen. Ich möchte hier besonders auf den Bereich Gewalt gegen Frauen mit Behinderung eingehen. Gerade letztes Jahr hat eine Studie gezeigt, dass diese Personengruppen besonders gewaltgefährdet sind. Ich würde mir wünschen, dass wir das Thema ein bisschen früher in den Fokus nehmen können. Die Unterstützung meiner Fraktion und dieses Gemeinderats haben Sie.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, ich darf mich auch als zuständiger Dezernent dem Dank an die Gleichstellungsstelle, an Frau Meister in der Hauptverantwortung, aber auch die Mitarbeiterinnen anschließen und auch noch mal allen danken, die über die Netzwerkarbeit, das eine ist das Fachliche, das andere ist, dass am Ende ein Netzwerk nur ein Stück weit hier zusätzliche Sicherheit, Versorgung, Ansprache und auch Prävention leisten kann, dass alle, die sich da auch über alle Maßen hinaus engagiert haben. Für mich hat dieser Bericht aber auch noch eine andere Bedeutung. Er ist nämlich ein schönes Beispiel dafür, dass die

Bundesrepublik Deutschland irgendeinem entsprechenden Vertrag beitrifft und wir auf kommunaler Ebene dann das umsetzen, ohne dass wir abwarten, dass wir von Land oder Bund ausreichend oder teilweise überhaupt nur Mittel dafür bekommen. Und insofern darf ich den Appell auch gerne umleiten und alle hier Beteiligten auffordern. Es steht ja auch mal so etwas wie eine Landtagswahl an, dafür zu sorgen, dass die Umsetzung auch auf Landesebene vielleicht Teil der entsprechenden Wahlprogramme wird, das würde uns vielleicht in der Argumentation sehr wohl helfen. Allein die Forderungsliste des Städtetags ist mittlerweile so lang, dass da es einem Thema dann schon guttut, wenn es dann auch in den entsprechenden Wahlprogrammen auftaucht. Und dann kann man anschließend noch dafür sorgen, dass es auch Eingang in die Koalitionsverträge findet.

Sie haben das alle zur Kenntnis genommen. Vielen herzlichen Dank, und auch für diese wirklich hervorragende gemeinsame Intention mit der hier Gemeinderatverwaltung, aber auch viele zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen, Verbände und Institutionen an einem Strang ziehen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Oktober 2025